basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

1891: «…behufs Erzielung besserer Lohnverhältnisse, besserer Behandlung von Seiten der Vorgesetzten und Pflege der Kameradschaft und des Solidaritätsgefühles…»

Autor(en): Bernard Degen

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1991

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/9565fdd3-6f20-428a-8cde-950b072b8206

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

Bernard Degen

1891: «...behufs Erzielung besserer Lohnverhältnisse, besserer Behandlung von Seiten der Vorgesetzten und Pflege der Kameradschaft und des Solidaritätsgefühles...»

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) Basel 1891–1991

Basel war 1891 eine kleine Stadt mit gut 75000 Einwohnern. Die Beschäftigung in Bereichen, die heute der Kanton verwaltet, hielt sich in bescheidenem Rahmen: Von rund 1500 Personen dürften knapp ein Drittel im Bildungs- und etwas weniger als ein Viertel im Gesundheitswesen gearbeitet haben, die rund 400 Frauen praktisch alle in Schulen und Spitälern.

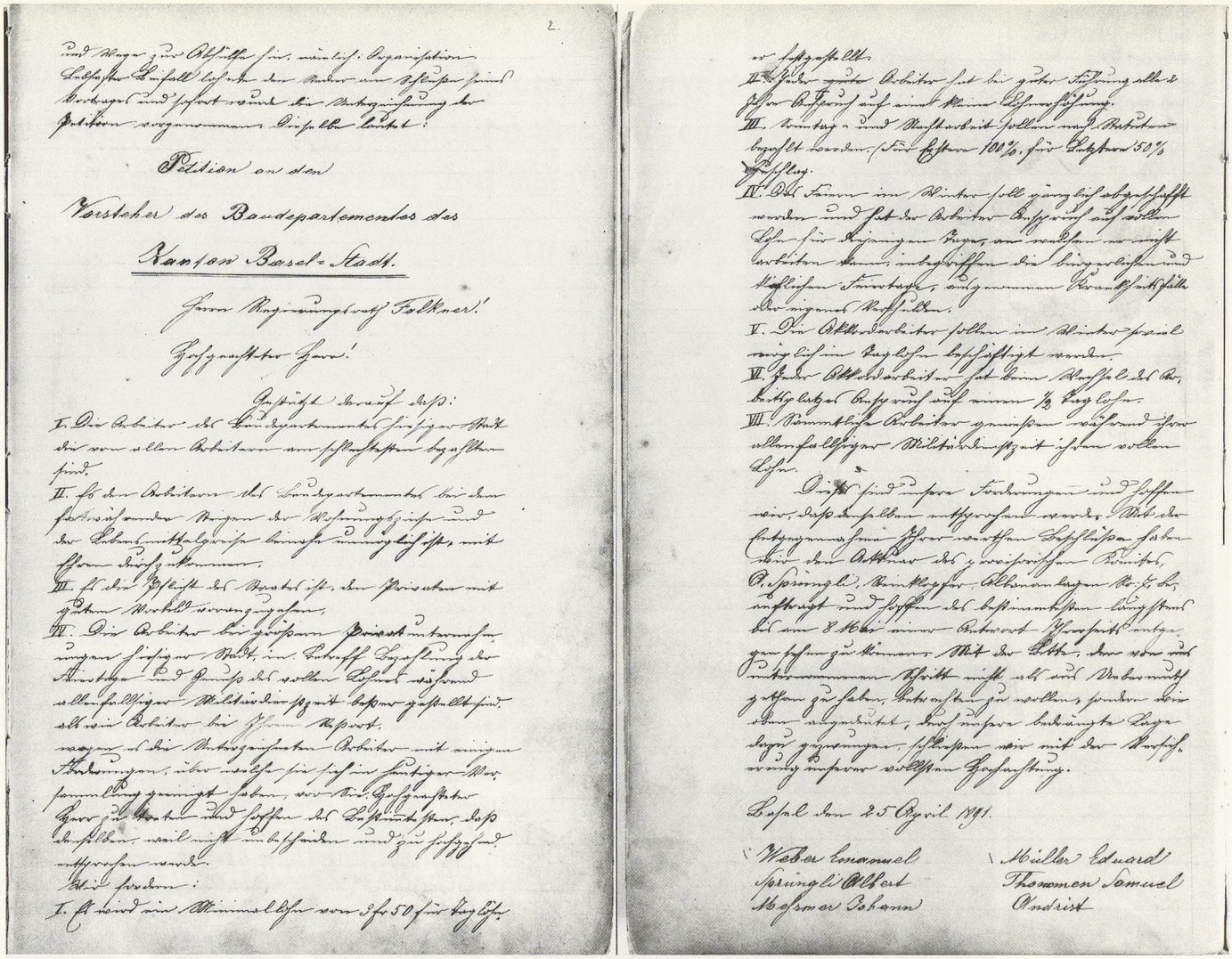
Um ihre soziale Lage zu verbessern, organisierte sich die männliche Arbeiterschaft – selten die schlechter gestellte weibliche – in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Auch Arbeiter des Baudepartements gründeten am 9. Mai 1891 im *Schwarzen Ochsen* (heute: *Spalenbrunnen:*) eine Gewerkschaft, die *Vereinigten Staatsarbeiter.* In den Statuten hielten sie fest, dass der Zusammenschluss «behufs Erzielung besserer Lohnverhältnisse, besserer Behandlung von Seiten der Vorgesetzten und Pflege der Kameradschaft und des Solidaritätsgefühles» erfolge. Nachdem die elektrische Strassenbahn ihren Betrieb aufgenommen hatte, folgten 1896 der *Verein der Depotarbeiter* und 1897 der vorab Fahrpersonal organisierende *Verein der Basler Strassenbahnangestellten.* Arbeiter aus Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken bildeten 1898 eine eigene Gewerkschaft. Mit neuen Gründungen folgten 1903 das Aushilfspersonal, 1904 die Bau- und die Streckenarbeiter der Strassenbahn.

Nach der Jahrhundertwende nahm die Gewerkschaftsbewegung einen mächtigen Aufschwung, wozu das öffentliche Personal nicht unwesentlich beitrug. Im Sommer 1905 zählte die nun *Staatsarbeiterverein* genannte älteste Organisation 200 Mitglieder, die fünf der Strassenbahner zusammen 384 und der *Verein der Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke* 170. Nach Massregelung eines Gewerkschafters standen die Trams am 19. Juli 1905 für drei Tage. Der Streik endete mit einem Teilerfolg, und aufgrund dieser Erfahrung fusionierten die fünf Personalverbände anfangs 1906 zum *Verein der Basler Strassenbahner.* Die beiden andern Staatsarbeitergewerkschaften marschierten lokal weiterhin getrennt, schlossen sich aber auf schweizerischer Ebene 1905 dem neugegründeten *Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband* an. Dafür verliessen sie vorübergehend den *Arbeiterbund Basel,* weil ihnen die Gewerkschaften mit starker ausländischer Mitgliedschaft einen zu radikalen Kurs verfolgten. Nebst Lohnerhöhungen und weiteren Verbesserungen setzten sie im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts namentlich die 54-Stunden-Woche durch.

Der Krieg mit seinem weit hinter der Kostenexplosion herhinkenden Teuerungsausgleich brachte viele Staatsangestellte in Bedrängnis und veranlasste sie zum Eintritt in die Gewerkschaft. Der *Verein der Arbeiter des Sanitäts-Departements,* wie die von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken ausgehende Organisation seit 1911 hiess, vereinigte sich am 12. August 1917 mit dem nunmehr kleinern *Staatsarbeiterverein,* wobei der Name des letztern beibehalten wurde. Die Unzufriedenheit mit den vorab Arbeiterfamilien treffenden unsozialen Auswirkungen der Kriegswirtschaft radikalisierte das öffentliche Personal. Während des Generalstreiks vom November 1918 fielen viele staatliche Dienstleistungen, namentlich die Strassenbahnen, aus. Die Verwaltung und, in Absprache mit der Streikleitung, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie Spitäler blieben in Betrieb. Zur Beruhigung der Gemüter billigte der Grosse Rat im April 1919 eine Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 48 Wochenstunden für

Das Erscheinungsbild des VPOD im Wandel. Die geschlossenen Reihen der Strassenbahner am 1. Mai 1946… ▷

…und die bunt zusammengesetzte Gruppe am 1. Mai 1987. ▷



Petition an den

Vorsteher des Baudepartementes des

Kanton Basel-Stadt.

Herrn Regierungsrath Falkner!

Hochgeehrter Herr!

Gestützt darauf daß:

I. Die Arbeiter des Baudepartements heutzutage [illegible] die von allen Arbeitern am schlechtesten bezahlten sind.

II. Es den Arbeitern des Baudepartements bei den fortwährend steigenden Preisen der Nahrungsmittel und der Lebensmittelpreise durch einmalige Zulage, mit Ihnen dieß [illegible]

III. Es der Zweck des Vertrags ist, den Privaten mit guten Verdienst [illegible]

IV. Die Arbeiter der [illegible] Bureau unterschreiben wegen [illegible] Arbeit, in Betreff Bezahlung der Arbeiter und Ersatz des vollen Lohnes während allerhöchstens Militärdienstzeit [illegible] als wie Arbeiter bei [illegible] Report.

wegen [illegible] die Unterzeichneten Arbeiter mit einigen Forderungen, über welche sie [illegible] Versammlung geeinigt haben, an Ihr. Hochgeehrter Herr zu [illegible] und hoffen [illegible] daß es [illegible] und [illegible] entsprechen werde.

Wir fordern:

I. Es wird ein Minimallohn von 3 fr 50 c für Tag [illegible]

II. Jeder [illegible] Arbeiter hat bei guter Leistung alle [illegible] auf eine [illegible]

III. Sonntags- und Nachtarbeit sollen nur [illegible] bezahlt werden, für [illegible] 100%, für [illegible] 50% Zuschlag.

IV. Der Turnus im Winter soll [illegible] abgeschafft werden und hat der Arbeiter Anspruch auf [illegible] für [illegible] Tage, [illegible] nicht [illegible] und [illegible] inbegriffen die [illegible] und [illegible] Feiertage, ausgenommen Krankheitsfälle der eigenen Person.

V. Die Akkordarbeiter sollen im Winter [illegible] täglich im Tagelohn beschäftigt werden.

VI. Jeder Akkordarbeiter hat beim Wechsel des Arbeitsortes Anspruch auf einen ½ Tag Lohn.

VII. Sämmtliche Arbeiter genießen während ihrer allenfallsigen Militärdienstzeit ihren vollen Lohn.

Dieß sind unsere Forderungen und hoffen wir, daß denselben entsprochen werde. Mit der Erfüllung unserer Wünsche haben wir den Anfang [illegible] Arbeiter des zweiseitigen Bureaus, P. Springli, Vorsteher Albert [illegible] und hoffen der bestimmten Zusicherung [illegible] Antwort [illegible] zu können. Mit der Bitte, dieses [illegible] Schritt nicht als [illegible] zu sehen [illegible] zu wollen, sondern [illegible] durch unsere bedrängte Lage [illegible] schließen wir mit der Versicherung unserer vollsten Hochachtung.

Basel den 25 April 1891.

Weber Emanuel — Müller Eduard
Springli Albert — Thommen Samuel
Hofmeier Johann — Andriot

Arbeiterinnen und Arbeiter, die damals wesentlich länger arbeiteten als Beamte und Angestellte. Die Erregung hielt jedoch an, und an einem weiteren Generalstreik im Sommer 1919 beteiligte sich sogar das höhere Staatspersonal. Mobilisierend wirkte die Angst vor einer Verschlechterung des Besoldungsgesetzes. Der Regierungsrat verhängte saftige Bussen und entliess mehrere Arbeiter.

Die harten sozialen Auseinandersetzungen verliehen dem *Staatsarbeiterverband* Auftrieb. Seine Mitgliederzahl stieg von 700 Ende 1917 auf über 1000 drei Jahre später. Auch einige Dutzend Frauen traten bei, zuerst wahrscheinlich Abortwärterinnen und Pflegerinnen der Friedmatt. Weil die neuen Dimensionen die Kräfte des ehrenamtlichen Vorstandes überstiegen, wurde Ende 1919 erstmals ein bezahlter Sekretär gewählt. Auf schweizerischer Ebene fusionierte der *Strassenbahner-Verband* gegen den Willen der Basler Sektion mit dem *Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband;* ab 1. Januar 1924 nannte sich die neue Organisation *Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD).* Auf lokaler Ebene kam die Vereinigung erst am 30. März 1926 zustande.

Obwohl zahlenmässig nicht die stärkste, entwickelte sich der *VPOD* in den 30er Jahren zur einflussreichsten Organisation der Basler Arbeiterbewegung. Als sich 1927 die Gewerk-

Aufgrund guter Erfahrungen mit dieser Petition vom 25. April 1891 an Regierungsrat Rudolf Falkner, den Vorsteher des Baudepartementes, gründeten die Staatsarbeiter am 9. Mai 1891 ihre Organisation. (Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 825 A I 1, 1891–1900.)
◁

Hochgeachteter Herr!

Gestützt darauf dass:

I. Die Arbeiter des Baudepartementes hiesiger Stadt die von allen Arbeitern am schlechtesten bezahlten sind.
II. Es den Arbeitern des Baudepartementes bei dem fortwährenden Steigen der Wohnungszinse und der Lebensmittelpreise beinahe unmöglich ist, mit Ehren durchzukommen.
III. Es die Pflicht des Staates ist, den Privaten mit gutem Vorbild voranzugehen.
IV. Die Arbeiter bei grössern Privatunternehmungen hiesiger Stadt, in Betreff Bezahlung der Feiertage und Genuss des vollen Lohnes während allenfallsiger Militärdienstzeit besser gestellt sind, als wir Arbeiter bei Ihrem Ressort.
wagen es die Unterzeichneten Arbeiter mit einigen Forderungen, über welche sie sich in heutiger Versammlung geeinigt haben, vor Sie, Hochgeachteter Herr, zu treten und hoffen des Bestimmtesten, dass denselben, weil nicht unbescheiden und zu hoch gehend, entsprochen werde. Wir fordern:

I. Es wird ein Minimallohn von 3fr50 für Taglöhner festgestellt.
II. Jeder Arbeiter hat bei guter Führung alle 2 Jahre Anspruch auf eine kleine Lohnerhöhung.
III. Sonntag- und Nachtarbeit sollen nach Statuten bezahlt werden. (Für Erstere 100%, für Letztere 50% Zuschlag.)
IV. Das Feiern im Winter soll gänzlich abgeschafft werden und hat der Arbeiter Anspruch auf vollen Lohn für diejenigen Tage, an welchen er nicht arbeiten kann, inbegriffen die bürgerlichen und kirchlichen Feiertage, ausgenommen Krankheitsfälle oder eigenes Verschulden.
V. Die Akkordarbeiter sollen im Winter soviel möglich im Taglohn beschäftigt werden.
VI. Jeder Akkordarbeiter hat beim Wechsel des Arbeitsplatzes Anspruch auf einen 1/2 Taglohn.
VII. Sämmtliche Arbeiter geniessen während ihrer allenfallsiger Militärdienstzeit ihren vollen Lohn.

Dieses sind unsere Forderungen und hoffen wir, dass denselben entsprochen werde. (...) Mit der Bitte, den von uns unternommenen Schritt nicht als aus Übermuth gethan zu haben, betrachten zu wollen, sondern wie oben angedeutet, durch unsere bedrängte Lage dazu gezwungen, schliessen wir mit der Versicherung unserer vollsten Hochachtung.

schaften spalteten, verlor er nur etwa 200 Mitglieder, die zum Teil den radikaleren *Staatspersonalverband* gründeten. Es erstaunt deshalb nicht, dass er im neuen, gemässigten Gewerkschaftskartell die Führung übernahm. Zudem griff er der *Sozialdemokratischen Partei* und der *Basler AZ* finanziell stark unter die Arme. Das politische Gewicht zeigte sich namentlich 1935, als der *VPOD* drei von vier sozialdemokratischen Regierungsräten stellte.
Weniger als das Personal der Privatwirtschaft traf die Wirtschaftskrise das Personal des Staates. Sparmassnahmen liessen sich aber nicht umgehen, und weil die Deflation seine Einkommen aufgewertet hatte, sollte es mit einem Nominallohn-Abbau die Staatskasse entlasten. Bis 1935 lehnte der *VPOD* entsprechende Vorschläge ab. Erst das *Rote Basel* hatte 1936 Erfolg, indem es die abgezogenen fünf Prozent des Lohnes der Pensionskasse überwies.
Im Zweiten Weltkrieg ruhten die Aktivitäten wegen des häufigen Militärdienstes weitgehend. Im Vordergrund standen Bemühungen um einen teilweisen Teuerungsausgleich für die unteren Personalkategorien. Dazu kamen Probleme wie die vorübergehende Ersetzung von Soldaten durch Frauen. Zwischen 1944 und 1949 stieg die Mitgliederzahl steil an, von gut 2400 auf fast 3700. Vorausgegangen war ein vollständiger Wechsel der ihrer Aufgabe nicht gewachsenen Sektionsspitze. Für weitere innere Unruhen sorgten 1953 die Entlassung eines Sekretärs, dann im Zeichen des Kalten Krieges stehende Auseinandersetzungen mit der Zentrale in Zürich und die Ausschlüsse von Kommunisten 1957. Nach aussen galt es zuerst die aufgelaufene Teuerung auszugleichen. Bald bemühte man sich um eine strukturelle Besoldungsrevision, die 1954 ihren Abschluss fand. In deren Verlauf bildete sich die *Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände,* die bis heute als Verhandlungspartner der Behörden wirkt. Noch immer wurden ‹Beamte›, ‹Angestellte› und ‹Arbeiter› unterschiedlich behandelt, z. B. bezüglich Arbeitszeit, wo die beiden erstern die 44-Stunden-Woche 1947 erreicht hatten, letztere 1962. Erst das Beamtengesetz von 1968 brachte die formale Gleichstellung des gesamten Personals und die Wählbarkeit verheirateter Frauen.
Mitte der 60er Jahre setzte eine gegensätzliche

Entwicklung ein. Einerseits erreichte der *VPOD* nach einem zweiten Wachstumsschub 1963 mit fast 4700 Mitgliedern sein Maximum; dann folgte bis in die 80er Jahre ein Abwärtstrend. Andererseits zwang Personalmangel den Kanton zu ausserordentlichen Zugeständnissen: 1969 Reallohnerhöhung; 1970 neues Lohngesetz mit analytischer Arbeitsplatzbewertung; 1972 automatischer Teuerungsausgleich und 13. Monatslohn. Bald darauf erfolgten im Zeichen von Sparpolitik und Wirtschaftskrise Rückschläge, namentlich ein Personalabbau. Der Herausforderung stand der *VPOD* zunächst hilflos gegenüber; sein Einfluss sank auf allen Ebenen. Kam dazu, dass die 1982 erfolgte Spaltung der *Sozialdemokratischen Partei* vorübergehend zu härtern Richtungskämpfen führte. Die Schwäche zeigte sich vorab in der 1981 einsetzenden Lohnbewegung, die 1985 mit einer Abstimmungsniederlage endete. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre gelang nach organisatorischen und personellen Veränderungen eine gewisse Konsolidierung. Mit der 42-Stunden-Woche 1987 und den Reallohnerhöhungen 1988 und 1990 wurden wieder beachtliche Fortschritte erreicht.

Der *VPOD* ist in seinem 100. Jahr keine Arbeitergewerkschaft mehr. Die traditionellen Bereiche öffentlicher Verkehr, Baudepartement sowie Wasser- und Energieversorgung haben gegenüber den ‹neuen›, Gesundheitswesen und Erziehung, Kultur, Soziales stark an Bedeutung verloren. Der Frauenanteil hat sich seit 1971 zwar mehr als verdoppelt, liegt aber mit 17 Prozent noch immer tief. Organisierten Gewerkschaften einst vorwiegend Junge, so stellen heute im *VPOD* Pensionierte ein Drittel der Mitglieder. Der Kanton mit seinen 19 000 Beschäftigten bleibt das weitaus wichtigste Rekrutierungsfeld; zunehmendes Gewicht gewinnen aber privat organisierte Betriebe im Dienste der Öffentlichkeit (Mustermesse, Theater, Sozialbereich usw.). Der gesellschaftliche Wertewandel hat ebenfalls Spuren hinterlassen. Nebst materiellen Forderungen wie der nach Lohnerhöhung spielen qualitative wie die nach Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsplätzen eine zunehmend wichtigere Rolle.

Bibliographische Hinweise

Ungedrucktes:
Im Staatsarchiv Basel-Stadt befinden sich das Archiv der VPOD-Sektion Basel (PA 825) und zwei Lizentiatsarbeiten zum Thema:
Sabine Braunschweig, Hüten – Warten – Pflegen. Das Pflegepersonal der Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt in Basel, 1910–1930, Basel 1988.
Gregor Spuler, ‹Essen tu ich's, aber vergessen tu ich's nicht.› Lebenserfahrungen von Basler Arbeitern: 5 lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Strassenbahnarbeitern, Basel 1991.

Gedrucktes:
Markus Bolliger, Die Basler Arbeiterbewegung im Zeitalter des Ersten Weltkrieges und der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, Basel 1970.
Bernard Degen, Das Basel der andern. Geschichte der Basler Gewerkschaftsbewegung, Basel 1986.
Wilfried Haeberli, Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914, 2 Bde, Basel 1986 u. 1987.
Jubiläumsschrift 75 Jahre Sektion Basel VPOD 1891–1966, Basel 1966.
‹Und dass nur ein Mittel dagegen hilft, nämlich die Organisation›. VPOD Sektion Basel 1891–1991. Hrsg. vom Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) Sektion Basel, redigiert von Sabine Braunschweig/Bernard Degen/Josef Zwicker, Basel 1991.